

Absender:

BI „Saubere Umwelt und Energie Altmark“
„helionat“ Energiegenossenschaft (Magdeburg)
BI gegen Gasbohren Kleve
BürgerInneninitiative Umweltschutz Uelzen
BI lebenswertes Korbach e.V.
Bürgerinitiative Fracking freies Hessen n.e.V.
IG Rees gegen Gasbohren e.V.
„wir gegen fracking“ Lüneburg
Abgefrackt Bündnis Weidener Becken gegen Fracking
BI gegen atomare Anlagen Weiden/Neustadt/WN
BI Frackingfreies Auenland
BiG (Bürgerinitiative Gesundheit) Hemslingen/Söhlingen
Berliner Wassertisch
Interessengemeinschaft gegen Fracking in Schleswig-Holstein
Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. Schleswig-Holstein
BIGG Hamm
IG Fracking freies Bad Rothenfelde
Vorstand des Kreisverbandes der GRÜNEN Osnabrück Land
Interessengemeinschaft Gegen Gasbohren Hamminkeln/Niederrhein
IG Fracking-freies Artland e.V.
Umweltschutzverein pro grün e.V. Paderborn
GEmeinnütziges **NE**tzwerk für **U**mwelt**K**ranke (**GENUK**), Hamburg
BI "kein-frack-in-wf"
Initiative gegen Gasbohren Tecklenburger Land
IG „Bürger in Bewegung“ Märkisch Buchholz
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Kontaktadresse:

Dr. Christfried Lenz
Rittleben 8
38486 Apenburg-Winterfeld
kein-co2-endlager-altmark.lenz@gmx.de

20.06.2016

An die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
(die Büros der übrigen Fraktionen erhalten Kenntnis)

EEG-Entwurf 2016 und Energiewende

Schreiben von Minister Gabriel vom 3. Juni 2016 an Sie

Sehr geehrte Damen und Herren in der SPD-Bundestagsfraktion,

das o.g. Schreiben ist zwischenzeitlich im Internet zugänglich, so dass wir uns damit beschäftigt haben. Unser Ergebnis: zahlreiche Aussagen stellen die Realität unzutreffend oder unvollständig dar.

Beispiele:

- **„noch nie gab es einen so starken Anstieg der Erneuerbaren wie in den letzten zwei Jahren. 7,4 Prozent Wachstum in 2 Jahren hat es in keiner Zeit zuvor gegeben.“**

Diese Zahl kommt durch den Ausbau der Windkraft offshore und onshore zustande. Da Windkraftanlagen einen Planungsvorlauf von mindestens 2 Jahren haben, handelt es sich nicht um ein Verdienst des EEG 2014, sondern um die Realisierung von Planungen aus der Zeit davor.

Gabriel verschweigt, dass „die letzten zwei Jahre“ vom großen Einbruch der Photovoltaik (PV) gekennzeichnet sind:

- 2012: 7,6 GW Zubau
- 2013: 3,3
- 2014: 1,9
- 2015: 1,5

70.000 Arbeitsplätze gingen verloren. Die Beschäftigten der PV-Branche gelten wohl als Kollegen zweiter Klasse? Die Solidarität, die die 20.000 Kohlebeschäftigten erfahren, wird ihnen jedenfalls verweigert.

- **„Wir haben dafür gesorgt, dass wirklich nur die Unternehmen von den Kosten der EEG-Umlage befreit werden, die sehr energieintensiv sind und im internationalen Wettbewerb stehen.“**

Gabriel verschweigt, dass diese Unternehmen kontinuierlich immer mehr geworden sind. Mittlerweile gehören 90% aller Branchen dazu und sorgen dafür, dass rund ein Drittel des Gesamtstromverbrauchs Deutschlands von der EEG-Umlage ganz oder teilweise befreit ist, so dass die restlichen Verbraucher entsprechend höher belastet werden. Gabriel verschweigt auch, dass die derzeitige Gesetzeslage viele Unternehmen zur Energieverschwendung animiert, weil sie sich durch künstlich erhöhte Stromverbräuche von der EEG-Umlage befreien lassen können. Hier wäre ein wichtiger Ansatzpunkt für die Gesetzesnovelle, um in Zukunft die Befreiung von der EEG-Umlage auf den Strombedarf bei sparsamem Einsatz nach Stand von Wissenschaft und Technik zu beschränken.

- **„Wir haben einen neuen Strommarkt geschaffen, der fit ist für die erneuerbaren Energien. Der alte Strommarkt orientierte sich vor allem an Atom- und Kohlestrom.“**

Worin die Fitness des „neuen Strommarktes“ für die erneuerbaren Energien besteht, sagt Gabriel nicht. Er kann es auch nicht sagen, denn diese „Fitness“ existiert nicht. Der Strommarkt räumt dem Atom- und Kohlestrom unverändert massive Wettbewerbsvorteile gegenüber den Erneuerbaren ein: **Das Geschehen auf dem Strommarkt wird ausschließlich von den Stromgestehungskosten bestimmt. Die durch die Stromerzeugung verursachten „externen Kosten“ (Klima-, Umwelt-, Gesundheitskosten u.a.) bleiben unberücksichtigt.** Sie erscheinen auf keiner Rechnung, werden aber von uns allen in der einen oder anderen intransparenten Form gezahlt – übrigens unabhängig davon, welchen Strom und wieviel wir verbrauchen. **Da die externen Kosten der Erneuerbaren minimal, die der konventionellen Energie aber so erheblich sind, dass sie ein Mehrfaches der Erzeugungskosten ausmachen, erhalten**

die konventionellen Energien durch die Nicht-Berücksichtigung dieser Kosten einen ungleich höheren Vorteil als die Erneuerbaren. Ohne eine Internalisierung dieser Kosten in den Strompreis (z.B. indem Energieträger in Abhängigkeit Ihrer Emissionsfaktoren besteuert werden) ist der Strommarkt also gerade nicht „fit für die erneuerbaren“, sondern von einer extremen Wettbewerbsverzerrung zugunsten der konventionellen Energie gekennzeichnet. Bitte schauen Sie auf die nachstehende Bezifferung durch das Umweltbundesamt (die Atomenergie ist nicht aufgeführt, da Endlagerkosten oder gar GAU-Kosten unkalkulierbar sind):

Umweltkosten der Stromerzeugung			
Stromerzeugung durch	Luftschadstoffe	Treibhausgase	Umweltkosten gesamt
	Eurocent ₂₀₁₀ pro Kilowattstunde _{elektrisch}		
Braunkohle	2,07	8,68	10,75
Steinkohle	1,55	7,38	8,94
Erdgas	1,02	3,90	4,91
Öl	2,41	5,65	8,06
Erneuerbare Energien			
Wasserkraft	0,14	0,04	0,18
Windenergie	0,17	0,09	0,26
Photovoltaik	0,62	0,56	1,18
Biomasse*	2,78	1,07	3,84

* Nach Erzeugungsanteilen gewichteter Durchschnittswert für Biomasse gasförmig, flüssig und fest (Haushalte und Industrie), Bandbreite von 0,3 bis 7,2 Cent/kWh

Quelle: Umweltbundesamt, Best-Practice-Kostensätze für Luftschadstoffe, Verkehr, Strom- und Wärmeerzeugung (Anhang B der Methodenkonvention 2.0), 2013

- **„Ausschreibungen. ... Die Pilotverfahren zeigen: die Preise fallen deutlich, ohne dass dadurch die Wirtschaftlichkeit der erneuerbaren Energien gefährdet wird.“**

Diese Pilotverfahren finden im Bereich PV-Freiflächenanlagen statt. Aufgrund der seit 2012 vorgenommenen Kürzungen der Einspeisevergütung befindet sich der PV-Ausbau seit 2013 im freien Fall und wird 2016 voraussichtlich weiter schrumpfen. - Wie man angesichts dessen behaupten kann, dass die Wirtschaftlichkeit nicht gefährdet ist und die Preise durch Ausschreibungen noch weiter gedrückt werden können, erschließt sich uns nicht. „In Großbritannien wurden nur 30 Prozent der Onshore-Windenergieanlagen, die bei Ausschreibungen den Zuschlag bekamen, auch tatsächlich errichtet.“

<http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/21242-die-energiewende-erfolgreich-versteigern>

Dort und in anderen Ländern wurden Ausschreibungen aufgrund derartiger Probleme wieder abgeschafft.

Ohne Ausschreibungsverfahren haben sich die Erneuerbaren in wenigen Jahren so entwickelt, dass sie bei den Stromgestehungskosten mit neuen Kraftwerken teilweise schon gleichauf liegen. Was sie außer Stromerzeugung auch noch leisten, nämlich

- den Klimawandel bremsen,
- den Luftschadstoff-Eintrag reduzieren,
- Grundwasser und Flüsse von Belastungen durch Kraftwerke befreien,
- Nachsorge- und Ewigkeitskosten vermeiden,

gibt es als Geschenk obendrauf, zum Nulltarif. - Sie als Preistreiber und „Jagdhunde“ zu diffamieren, die durch Ausschreibungen an die Kette gelegt werden müssen, ist offenkundige und unverschämte Propaganda im Interesse der konventionellen Energieerzeugung!

- **„Verzahnung von Netzausbau mit dem Ausbau erneuerbarer Energien“**

Neben dem Ausschreibungsverfahren ist dies die zweite Bremse, um die „schnellen Jagdhunde“ zu verlangsamen. Schon ist zu vernehmen, dass der Bau der Nord-Süd-Leitungen sich um Jahre verzögern wird – und damit auch der laut Gabriel mit dem Netzausbau zu „verzahnende“ Ausbau der erneuerbaren Energien! - In der Kohleindustrie (vielleicht auch in der Atomindustrie?) reibt man sich schon die Hände!

„Stromautobahnen“ im geplanten Umfang widersprechen ohnehin dem Wesen der Energiewende. Da Sonne und Wind überall verfügbar sind, ist die grundlegende Verteilung der Energie bereits von Natur aus gegeben, so dass die Verstromungsanlagen dezentral in der Nähe der Verbraucher errichtet werden können. **Hierin besteht ja der systemische Unterschied zwischen einer Stromversorgung durch zentrale Großkraftwerke und einem flächendeckenden Netz aus kleinen und kleinsten dezentralen erneuerbaren Erzeugern!** Diese können zu „Kombikraftwerken“ zusammengeschlossen werden. Ergänzt durch Kurz- und Langzeitspeicherung sowie sinnvolle Abstimmung mit dem schwankenden Verbrauch entstehen in sich stabile Einheiten, in denen der jeweils benötigte Strom bereitgestellt werden kann. Vernetzung der Einheiten untereinander bringt zusätzliche Sicherheit.

Fundamente des neuen Energiezeitalters sind gelegt:

- Ein Drittel des Stroms ist bereits erneuerbar.
- Millionen erzeugen Strom auf ihrem Dach.
- Hunderttausend haben sich in Bürger-Energiegesellschaften zusammengeschlossen.
- Der „Prosumer“ ist entstanden: ein Bürgertyp, der Verantwortung übernehmen will: statt Konzernabhängigkeit selber Strom erzeugen, und zwar klima- und umweltfreundlich.

Fällig ist nun der Schritt zur Bildung solcher Einheiten, die sich zu hundert Prozent mit erneuerbaren Energien versorgen. Und die Zeit ist reif: Im Norden wird bereits Windstrom in der Größenordnung von Großkraftwerken abgeregelt. Diesen nach Süddeutschland zu transportieren, „weil dort die Industrie ist“, ist unsinnig. Gibt es im Norden etwa keine Industrie?? - Die geplante „Stromautobahn“ wäre ein industrielles Monstrum im doppelten Umfang von „Stuttgart 21“. Schon jetzt werden Kosten von über 10 Mrd. Euro veranschlagt. Mit diesem Geld könnte die laut der Deutschen Energie-Agentur (dena) für Deutschland erforderliche 1000 MW Power-to-Gas Speicher-Kapazität (Kosten: 1,7 Mrd.) gleich 5 mal aufgebaut werden!

Der Norden sollte mit Windstrom plus intelligentem Lastmanagement plus Speicherung voran gehen. Und der Süden sollte zügig Windenergie und PV ausbauen – finanziert mit einem Restteil des durch Verzicht auf die Stromautobahn gesparten Geldes.

(Oder müssen wir befürchten, dass die – vom normalen Stromkunden zu tragenden - Kosten der Stromautobahnen, in denen ja auch eine Menge Kohlestrom befördert würde, den Kosten der Energiewende zugerechnet werden, um die Energiewende in Deutschland endgültig in Verruf zu bringen?)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

obwohl der leider viel zu früh verstorbene Initiator der Energiewende, Hermann Scheer, aus Ihren Reihen kommt, sind Sie für deren schlechten Verlauf wesentlich mit verantwortlich. Ihr Vorsitzender behauptet zwar, er fände es gut, dass die Wende nicht zu stoppen sei, doch sein Bemühen geht in die andere Richtung. Schon in der Vergangenheit sorgte er dafür, dass

- Eigenverbrauch von erneuerbarem Strom mit der EEG-Umlage belastet wird. - Paradox, denn diese Umlage wurde doch erfunden, um die Erneuerbaren zu fördern und nicht, um sie zu belasten!
- „Mieterstrom“ durch (ebenso paradoxe) Belastung mit der vollen EEG-Umlage an der Grenze der wirtschaftlichen Darstellbarkeit gehalten wird. So entgehen vielen Menschen, denen das Kleingeld für ein Eigenheim fehlt, auch die Vorteile des billigen Solarstroms vom Dach des bewohnten Hauses.
- Wie beurteilen Sie als Sozialdemokraten eigentlich den sozialen Aspekt hiervon? - Und ein erhebliches Potential an Dächern, auf denen ohne jeden Flächenverbrauch und Netzbedarf Strom erzeugt werden könnte, bleibt ungenutzt.

Wenn Gabriel nun das Ausschreibungsverfahren auch noch auf die Windkraft ausdehnt, werden wir erleben, wie auch diese gestoppt wird! Bekanntlich ist es schon jetzt oft schwierig, Akzeptanz für neue Windkraftanlagen zu erhalten. Wo es gelingt, steht meistens eine örtliche Genossenschaft dahinter. Die Akteure sind bekannt. Man vertraut darauf, dass sie die Anwohner am Ertrag oder sonstigen Vorteilen angemessen beteiligen. Wenn durch das Ausschreibungsverfahren das menschliche Gesicht aber eliminiert wird und irgend ein anonymer Investor zum Zug kommt, der nicht an den Dorfbewohnern, sondern nur an seinem Profit interessiert ist, werden wir erleben, dass die Ablehnung wächst und die Sache zum Erliegen kommt.

Wenn Sie die Energiewende wollen, können wir nur dringend empfehlen: winken Sie den Regierungsentwurf nicht vor der Sommerpause und bei durch die Fußball-EM reduzierter Aufmerksamkeit durch! Die Folgen wären fatal, auch für die SPD und ihre Umfragewerte! Die Menschen, die Sie gewählt haben, taten das mit der Erwartung, dass Sie die Energiewende beschleunigen, nicht stoppen. - Und das Votum Ihrer Mitglieder, die einem Koalitionsvertrag zugestimmt haben, der Ausschreibungen nach Erfüllung gewisser Voraussetzungen allenfalls ab 2018, aber nicht bereits 2017 vorsieht, wäre missachtet.

Der Regierungsentwurf muss vom Tisch! Ansatzpunkte für eine Neukonzeption sind im obigen Text angedeutet. Wir sind gern bereit, praktisch mitzuwirken. - Es geht um den Klimawandel, es geht um die Umsetzung der Pariser Beschlüsse!

- **„die Energiewende ... ist eines unserer zentralen Zukunftsprojekte“**

schreibt Gabriel. - Nein, sie ist nicht eines unter mehreren, sondern das Projekt, dessen Gelingen Voraussetzung für alles andere ist.

Mit freundlichen Grüßen
i. A. der Absender,

Christfried Lenz